

EU-NACHRICHTEN

Speise-Insekten

Strenge Vorgaben für
Verwendung in Lebensmitteln
>> 3

Ukraine

Ursula von der Leyen sichert
weitere EU-Hilfen zu
>> 4

Umwelt

Schutz von Bienen und
anderen Bestäubern
voranbringen
>> 5



Mit umfangreichen Investitionen
will sich die Europäische Union
im Wettbewerb mit den USA und
China um zukunftssträchtige Tech-
nologien behaupten.

© Shutterstock

HOLOCAUST-GEDENKTAG

Von der Leyen mahnt zu Wachsamkeit vor Antisemitismus

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat in einer [Erklärung zum Holocaust-Gedenktag](#) zum Eintreten gegen Antisemitismus und dem Einsatz für eine offene Gesellschaft aufgerufen. Sie erklärte: „Wir dürfen nicht schweigen, wenn Ungerechtigkeit herrscht und Massaker verübt werden. Wir müssen Antisemitismus, Antiziganismus und sämtliche Formen von Hass und Diskriminierung anprangern – sei es aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, des Geschlechts, der sexuellen Ausrichtung, des Alters oder einer Behinderung.“

Die Präsidentin fügte hinzu: „Wir arbeiten auf eine Europäische Union hin, die frei von Antisemitismus und jeglicher Form von Diskriminierung ist.“ Der Holocaust-Gedenktag erinnert an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945.

[Holocaust-Gedenken](#)

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Investitionsplan zum Ausbau sauberer Technologien

Europa treibt klimafreundliche Entwicklungen in Zukunftsbranchen wie Wasserstofftechnik, Batterieproduktion und Wasserstofftechnik voran. Vor dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten am 9./10. Februar hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dazu einen [grünen Industrieplan](#) vorgelegt und eine Investitionsoffensive zur Förderung sauberer Technologien in Europa vorgeschlagen. Von der Leyen sagte: „Europa ist entschlossen, die Revolution im Bereich der sauberen Technologien anzuführen.“

Die Staats- und Regierungschefs beraten auf ihrem Treffen unter anderem, wie die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft gestärkt werden kann. Länder wie Japan, Indien, Kanada, das Vereinigte Königreich und die USA haben bereits Programme aufgelegt, um klimaneutrale Technologien zu fördern. Auch China stützt seine Wirtschaft. EU-Währungskommissar Paolo Gentiloni mahnte in einer [Rede in Berlin](#): „Auf diese Herausforderungen muss Europa mit einer neuen Industriepolitik reagieren.“

Von der Leyen hatte bereits im Januar auf dem [Weltwirtschaftsforum in Davos](#) einen neuen Industrieplan für Europa präsentiert, der industriepolitische Ziele bis 2030 festschreibt. Jetzt legte die Präsidentin den grünen Industrieplan und Finanzie-

rungsmöglichkeiten vor. Die Initiative umfasst vier Kernpunkte:

 **Europäische Industriepolitik:** Windkraft, Solarenergie, Batterieproduktion, Herstellung von Wärmepumpen und Wasserstofftechnik sind Schlüsseltechnologien einer klimaneutralen Wirtschaft. Nach Vorbild des europäischen Chip-Gesetzes zum Aufbau einer eigenständigen Halbleiterindustrie in Europa wird die EU-Kommission im März eine Initiative zur Förderung sauberer Technologien vorlegen: das Netto-Null-Industrie-Gesetz, das Produktionskapazitäten in Schlüsselbereichen in der EU bis 2030 festlegt. Daneben strebt die Kommission weitere industriepolitische Initiativen an. So kommt im März ein Vorstoß für ein neues Strommarkt-Design, damit Haushalte und Unternehmen von den Preisvorteilen der erneuerbaren Energien profitieren.

>>

“ Wir haben die einmalige Gelegenheit, mit Schnelligkeit, Ehrgeiz und Zielstrebigkeit den Weg zu weisen. ”

Ursula von der Leyen,
EU-Kommissionspräsidentin

EU-Mittel für den grünen Wandel

723,8 Milliarden Euro beträgt das Volumen des Corona-Aufbaufonds RRF – *Recovery and Resilience Facility* – davon sind 37 Prozent bereits für Projekte für Klimaschutz und saubere Technologien vorgesehen. Zusätzliche 20 Milliarden Euro an Zuschüssen sollen für den grünen Industrieplan bereitgestellt werden. Von den nicht abgerufenen Mitteln sind zinsgünstige Kredite in Höhe von 225 Milliarden Euro für Investitionen in saubere Technologien vorgesehen.

372 Milliarden Euro für die Technologie-Offensive können über den Fonds *InvestEU* mobilisiert werden, der zum Beispiel Unternehmensinvestitionen über Kreditgarantien absichert.

210 Milliarden Euro bis 2027, teils aus dem Corona-Aufbaufonds, sind für die Initiative *REPowerEU* veranschlagt. Der Vorschlag der EU-Kommission zum Ausbau erneuerbarer Energien und sauberer Technologien soll Europa von Lieferanten fossiler Energien wie Russland unabhängig machen.

100 Milliarden Euro lassen sich aus den EU-Kohäsionsfonds für klimaneutrale Projekte mobilisieren. Schon jetzt stehen über den Fonds für einen gerechten Übergang – Just Transition Fund – rund 17,5 Milliarden Euro für den grünen Wandel in Kohleregionen bereit. Davon sind 2,5 Milliarden Euro für die *Kohlereviere in Deutschland* vorgesehen.

40 Milliarden Euro stehen über den Fonds *Innovation EU* bereit.

>> Eine weitere Gesetzesinitiative beinhaltet Vorschläge zur Versorgung mit kritischen Rohstoffen wie Lithium für die Batterieherstellung, entscheidend für Elektromobilität und Autoindustrie. Zudem mahnte von der Leyen schnellere Genehmigungsverfahren für neue Investitionsvorhaben an: „Die Industrie braucht für ihre massiven Investitionen die Verlässlichkeit und Reaktionsfähigkeit der Behörden.“

Beihilfen und Finanzierung: Nach Russlands Invasion in der Ukraine hatte die EU-Kommission die Regeln für staatliche Beihilfen gelockert. Jetzt strebt sie eine weitere Anpassung an, um klimafreundliche Technologien zu fördern, und zwar über einen *befristeten Rahmen zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels*. Mit Blick auf die unterschiedliche Finanzkraft der einzelnen Mitgliedstaaten warnte von der Leyen vor einer Fragmentierung des Binnenmarkts. Zur kurzfristigen Finanzierung schlug sie vor, Mittel aus bestehenden EU-Programmen zu mobilisieren. Mitgliedstaaten könnten Gelder aus dem Pandemieprogramm *Aufbau- und Resilienzfazilität* und der Initiative *REPowerEU*: erschwingliche, sichere und nachhaltige Energie für Europa rund 270 Milliarden Euro nutzen, etwa um über Steuererleichterungen klimafreundliche Innovationen anzuschieben. Über Kreditgarantien des Programms *InvestEU* lassen sich für Unternehmen rund 372 Milliarden Euro mobilisieren. Die Initiative *Innovation EU* stellt zusätzliche Mittel von 40 Milliarden Euro bereit, etwa für grenzüberschreitende Projek-

te. Mittelfristig strebt von der Leyen einen Europäischen Souveränitätsfonds an. Sie sagte: „Wir brauchen für gemeinsame europäische Projekte in Schlüsseltechnologien eine gemeinsame europäische Finanzierung.“

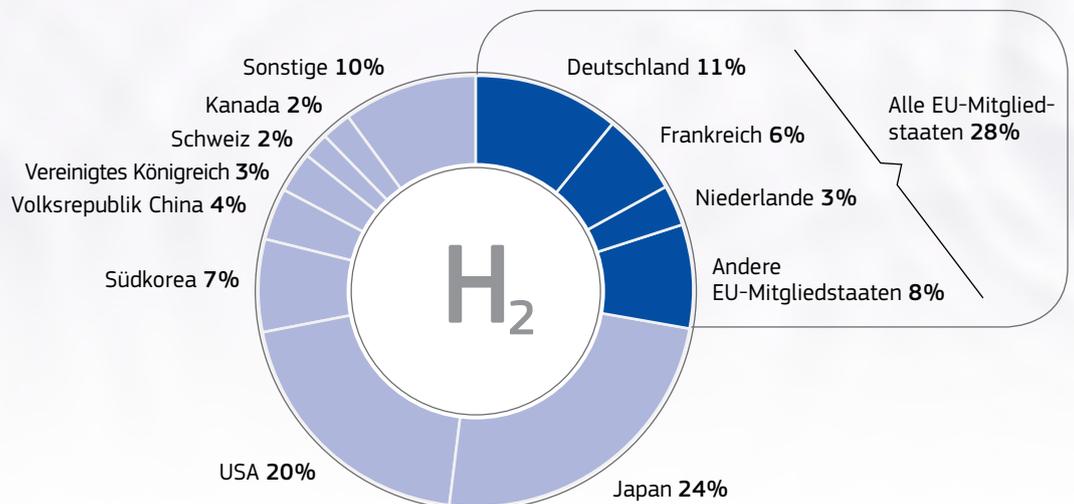
Aufbau von Kompetenzen: Die Digitalisierung und der Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft stellen auch neue Anforderungen an Beschäftigte. Das Europäische Jahr der Kompetenzen rückt deshalb in diesem Jahr Aus- und Weiterbildung in den Vordergrund. Als erste Initiative hatte die EU-Kommission im Januar eine *Initiative zur Talentförderung* vorgelegt, um demografischen Wandel und Fachkräftemangel zu meistern. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, sollen zudem eine höhere Beschäftigungsquote von Frauen erzielt sowie die hohe Jugendarbeitslosigkeit abgebaut werden.

Offener Handel und stabile Lieferketten: „Wir wollen einen offenen und fairen Handel zum Nutzen aller erleichtern, um neue Skaleneffekte, gemeinsame Standards und robustere Lieferketten zu schaffen“, stellte von der Leyen klar. So werden weitere Handelsabkommen angestrebt. Ziel sind zudem Kooperationen mit strategischen Handelspartnern, etwa bei der Beschaffung kritischer Rohstoffe.

„Wir befinden uns in einer starken Ausgangsposition“, bilanzierte die Präsidentin. Nach ersten Debatten auf dem Februar-Gipfel sollen beim Treffen der Staats- und Regierungschefs am 23. und 24. März erste Beschlüsse fallen. (pr)

Wettbewerbsfähigkeit

Zunahme von Wasserstoffpatenten auf Umwelttechnologien (2011-2020)



Quelle: Europäisches Patentamt

■ ERNÄHRUNG

Strenge Vorgaben zur Verwendung von Speise-Insekten in Lebensmitteln

Die EU-Kommission hat auf die strikten Regeln zur Verwendung von Speise-Insekten in Lebensmitteln hingewiesen. „Neuartige Lebensmittel können nur zugelassen werden, wenn sie kein Risiko für die menschliche Gesundheit darstellen“, heißt es in einer [Information der EU-Kommission](#).

Derzeit sind in der Europäischen Union vier Insekten als Lebensmittel zugelassen: der getrocknete gelbe Mehlwurm, die Wanderheuschrecke, der so genannte Buffalowurm sowie die Hausgrille (*Acheta domestica*). Zuletzt hatte die Kommission teilweise entfettetes Pulver aus der Hausgrille für den EU-Markt autorisiert. Für Lebensmittel, die Insekten enthalten, muss das in der Zutatenliste klar und verständlich ausgewiesen werden. Auch der Hinweis, dass allergische Reaktionen bei Menschen mit einer Allergie gegen Krebs- und Weichtiere sowie gegen Hausstaubmilben möglich sind, muss in der Zutatenliste aufgeführt sein. Bei der Zulassung greifen die EU-Regeln zu neuartigen Lebens-

mitteln. Darunter werden Nahrungsmittel verstanden, die in der EU nicht vor 1997 auf dem Speiseplan standen. Nur wenn gewährleistet ist, dass ein neuartiges Lebensmittel kein Sicherheitsrisiko für die menschliche Gesundheit darstellt, kann die Kommission die Zulassung beschließen. Allerdings nur, wenn auch die Mitgliedstaaten „Ja“ sagen. So hat Deutschland bisher in allen Fällen zugestimmt.



© Shutterstock

[Insekten in Lebensmitteln](#)

■ VERBRAUCHERSCHUTZ

Breton erwartet von TikTok Einhaltung der europäischen Vorgaben

Die EU-Kommission hat der Videoplattform TikTok Sanktionen angekündigt, sollte sich das Unternehmen nicht an das europäische [Gesetz über digitale Dienste](#) – Digital Services Act (DSA) – halten. Thierry Breton, EU-Binnenmarktkommissar, erklärte nach einem Gespräch mit TikTok-Chef Shou Zi Chew: „Als Plattform, die Millionen junger Europäer erreicht, muss TikTok das EU-Recht, insbesondere das DSA, vollständig einhalten.“ Er habe das Unternehmen gebeten, sich nicht nur zu bemühen, sondern auch Ergebnisse zu liefern, [twitterte Breton](#). Er hatte schon zuvor die Einhaltung von Datenschutzbestimmungen und ein

Vorgehen gegen Falschnachrichten auf der Plattform angemahnt und zeigte sich zudem besorgt über Vorwürfe, dass Journalistinnen und Journalisten ausspioniert und personenbezogene Daten an Orte außerhalb Europas übermittelt werden könnten. TikTok gehört zum chinesischen Konzern Bytedance und ist besonders bei jungen Leuten beliebt. Zuletzt sorgten sogenannte Challenges für Unmut: Aufgaben für Nutzerinnen und Nutzer, die in lebensgefährliche Spiele ausarten können.

[Gesetz über Digitale Dienste](#)

■ ENERGIEEFFIZIENZ

Anforderung für Neubauten – Klarstellung

Die EU-Kommission hat [Vorschläge](#) gemacht, wie die Gesamt-Energieeffizienz von Gebäuden verbessert werden kann – das würde sinkende Energiekosten für Bürgerinnen und Bürger bringen. Vorgesehen ist, dass Neubauten öffentlicher Gebäude von 2027 an das Ziel von Null-Emissionen erfüllen. Null-Emission bedeutet, dass der nötige Strom zum Heizen oder für die Klimaanlage vor Ort erzeugt wird, etwa über Solardächer. Das heißt, die Gebäude werden weder mit Öl noch mit Gas gewärmt und ihre Heizung stößt kein klimaschädliches Kohlendioxid

aus. Das in der öffentlichen Diskussion genannte Wort Klimaneutralität passt in diesem Zusammenhang nicht zu den Fakten. Für private Neubauten greifen diese Vorgaben von 2030 an. Für Altbauten steht in Zeiten steigender Heizkosten eine schrittweise Sanierung an. Über den Vorschlag der Kommission beraten derzeit die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament. Eine endgültige Entscheidung steht noch aus.

[Energieeffizienz](#)

■ EU-RECHT

Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

Die EU-Kommission geht gegen Deutschland vor, weil das Land bestehende EU-Regeln nicht einhält. So wurde um eine Stellungnahme gebeten, weil Bayern nach Ansicht der Kommission gegen das [Nichtdiskriminierungsverbot](#) von EU-Bürgern verstößt, indem es den Zugang zu speziellen Familienleistungen allein auf Bürgerinnen und Bürger des Freistaats begrenzt. In einem weiteren Verfahren sieht die Kommission die Umsetzung der [Entsende-Richtlinie](#) in Deutschland nicht ausreichend kontrolliert. Die Richtlinie regelt unter anderem die Sozialstandards von Beschäftigten, die von einem Unternehmen aus einem anderen Mitgliedstaat zur Arbeit

nach Deutschland entsandt werden. Schließlich sieht die Kommission in Deutschland und Polen den [Zugang von ausländischen Unternehmen](#) im Bahnverkehr nicht ausreichend gewährleistet. Mit den Vertragsverletzungsverfahren soll eine korrekte und vollständige Anwendung des EU-Rechts garantiert werden. Deutschland bleiben nun zwei Monate Zeit für eine Stellungnahme. Im äußersten Fall droht eine Klage vor dem europäischen Gerichtshof und im Fall einer Verurteilung eine Geldbuße.

[Europäisches Recht](#)

Von der Leyen sichert der Ukraine weiteren Beistand der EU zu

Bei einem Spitzentreffen der EU mit der Ukraine in Kiew hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dem Land weitere Hilfen der Europäischen Union zugesagt.

Von der Leyen erklärte: „Unsere Anwesenheit hier in Kiew gibt ein klares Signal: Die ganze Europäische Union steht an der Seite der Ukraine.“



In Kiew traf Ursula von der Leyen mit dem ukrainischen Präsidenten, Wolodymyr Selenskyj, zusammen.

© European Union 2023

Am 2. Februar stand ein Treffen der EU-Kommission mit der ukrainischen Regierung auf dem Programm, tags darauf ein EU-Ukraine-Gipfel mit Ratspräsident Charles Michel, von der Leyen und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, betonte: „Das wird das erste gemeinsame Spitzentreffen mit der Ukraine als EU-Beitrittskandidat.“ Russland hatte die Ukraine am 24. Februar des vergangenen Jahres überfallen. Seither mobilisierten EU-Kommission und Mitgliedstaaten 50 Milliarden Euro an Hilfgeldern für finanzielle, militärische und humanitäre Zwecke. Borrell erläuterte: „Das macht Mitgliedstaaten und EU-Institutionen zu den größten Gebern weltweit.“ Ende Januar hatte eine gemeinsame Plattform von EU-Kommission und G7 die Arbeit aufgenommen, die die internationale Hilfe für den Wiederaufbau koordiniert.

Die Solidarität der EU in sieben Zahlen:

- 1 18 Milliarden Euro an Finanzhilfen** – monatlich 1,5 Milliarden Euro – sagte die EU-Kommission der Ukraine für das Jahr 2023 zu. Damit können laufende Kosten, etwa für Personal in Schulen und Kliniken, bestritten werden. Nach der russischen Invasion hatte die EU die Ukraine im vergangenen Jahr mit 19,7 Milliarden Euro allein an Finanzhilfen unterstützt.
- 2 12 Milliarden Euro an Militärhilfe** stellten EU-Kommission und Mitgliedstaaten bisher für die Ukraine bereit. Zuletzt billigten die Mitgliedstaaten im Januar 500 Millionen Euro zur Unterstützung des ukrainischen Militärs. Damit steigt die Hilfe aus der Europäischen Friedensfazilität (EPF) auf insgesamt 3,6 Milliarden Euro. Die Mittel werden unter anderem zum Ankauf von Munition und für militärische Ausbildung genutzt.
- 3 485 Millionen Euro an humanitären Hilfen** mobilisierten EU-Kommission und Mitgliedstaaten, etwa für Notunterkünfte oder Medikamente. Zudem wurden rund 1.700 Schwerverletzte aus der Ukraine in die EU ausgeflogen.

- 4 8 Millionen Menschen** suchten nach Angaben der UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR seit Ausbruch des Krieges Zuflucht in der EU, hinzu kommen rund 6 Millionen Binnenflüchtlinge in der Ukraine. Das ist die größte Flüchtlingswelle in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Die EU-Kommission hatte den Kriegsflüchtlingen unmittelbar nach der russischen Invasion ein temporäres Bleiberecht in der EU zugesichert und den Zugang zum Arbeitsmarkt sowie zu Aus-, Weiter- und Schulbildung ermöglicht. In Deutschland sind nach Angaben der Statistikbehörde Eurostat offiziell rund 902.000 Menschen aus der Ukraine als Kriegsflüchtlinge registriert, davon ein Drittel Kinder.
- 5 23 Millionen Tonnen Getreide** aus der Ukraine konnten seit Ausbruch des Krieges ausgeführt werden. Um den Import und Export von Waren aus und in die Ukraine zu erleichtern, wurden an den Übergängen zur EU sogenannte Solidarity Lanes eingerichtet. Allein der Wert des aus der Ukraine ausgeführten Getreides beträgt rund 20 Milliarden Euro.
- 6 1.400 Stromgeneratoren** hat die EU bislang nach den russischen Angriffen auf die Energieinfrastruktur des Landes in die Ukraine geliefert. Über ein neues logistisches Drehkreuz in Polen werden zunächst 1.000 weitere folgen. Dort wird im Rahmen des Programms rescEU die internationale Energienothilfe für die EU koordiniert. Das Projekt wird von der EU mit 114 Millionen Euro finanziert und von Polen durchgeführt.
- 7 20 Milliarden Euro** beträgt der Wert der Vermögen, die nach den Sanktionen der EU-Mitgliedstaaten und der G7 gegen Russland eingefroren sind. Die EU setzt sich dafür ein, diese Gelder für den Wiederaufbau der Ukraine zu verwenden. Von der Leyen betonte: „Die schrecklichen Verbrechen Russlands werden nicht ungesühnt bleiben.“ So unterstützen EU-Kommission und Mitgliedstaaten die Untersuchung von russischen Kriegsverbrechen in der Ukraine und die Bemühungen, diese vor einem internationalen Gericht strafrechtlich zu ahnden. (pr)

Kiew-Reise

Schulbusse für die Ukraine

Nach einem Aufruf der EU-Kommission wurden bislang 15 Schulbusse aus Deutschland an die Ukraine gespendet. Unter anderem haben die Dortmunder Stadtwerke (DSW) im Januar fünf weitere Schulbusse für Kinder an die Ukraine geliefert. Die kommunalen Betriebe hatten bereits zuvor zwei Busse, einen Pkw und technisches Gerät bereitgestellt. Ulrich Jäger, Vorstand der Dortmunder Stadtwerke AG, sagte: „Der Angriff Russlands hat unsägliches Leid über die Menschen in der Ukraine gebracht. Da sind wir alle gemeinsam in der Verantwortung, im Rahmen unserer Möglichkeiten Hilfe zu leisten.“

■ UMWELT

EU-Kommission beschleunigt Schutz von Bienen und anderen Bestäubern

Bienen tragen entscheidend zur Bestäubung von wichtigen Kulturpflanzen bei. Doch in ihrem Bestand sind sie akut gefährdet.

© Shutterstock

Die EU-Kommission geht gegen den alarmierenden Rückgang wildlebender Bienen und anderer Bestäuber mit einem [neuen Deal für Bestäuber](#) vor. Die Initiative legt bis 2030 konkrete Schritte für den Schutz von Bienen und anderen Insekten fest, um das Artensterben zu stoppen.

EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius mahnte: „Wir brauchen sofortige, gezielte Maßnahmen, um die Bestäuber zu retten, da sie für unsere Ökosysteme, Gesellschaften und Volkswirtschaften von unschätzbarem Wert sind.“



Allein in der EU sind rund zweitausend Wildbienenarten beheimatet. Doch machen Klimawandel, der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft und der Rückgang geeigneter Lebensräume vielen Insektenarten zu schaffen. So verzeichnet die [europäische Rote Liste](#) einen Rückgang des Bestands bei jeder dritten Bienen-, Schmetterlings- und Schwebfliegenart. Zudem ist jede zehnte Bienen- und Schmetterlingsart sowie jede dritte Schwebfliegenart vom Aussterben bedroht.

Ein Rückgang mit gravierenden Folgen. Vier von fünf Kultur- und Wildpflanzenarten in Europa sind auf die Bestäubung durch Insekten angewiesen. Der landwirtschaftliche Nutzen der Bestäuber wird auf

jährlich rund fünf Milliarden Euro geschätzt. EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski sagte: „Wir wissen, dass der Rückgang der Bestäuber ein unmittelbares Risiko für die Produktivität der Landwirtschaft darstellt.“

Auch Europas Bevölkerung fordert ein entschlossenes Handeln,

unter anderem mit der Europäischen Bürgerinitiative [„Bienen und Bauern retten“](#).

Die EU-Kommission schlägt nun unter anderem vor:

Schutzkorridore: Im Rahmen der [EU-Biodiversitätsstrategie 2030](#) dringt die EU-Kommission darauf, mindestens 30 Prozent der europäischen Land- und Meeresflächen in nachhaltig bewirtschaftete Schutzgebiete umzuwandeln. Um Insekten einen geschützten Lebensraum zu bieten, schlägt die Kommission die Einrichtung ökologischer Korridore für Bestäuber vor – sogenannte Buzz Lines. Auch in Städten sollen ausreichend Grünflächen geschaffen werden, etwa durch die Begrünung von Dächern. Indem Landwirte

bestäuberfreundlicher wirtschaften, können ebenfalls Lebensräume für Insekten wiederhergestellt werden.

Sensibilisierung: Auch die Bevölkerung soll stärker auf das Thema Bienenschutz hingewiesen werden. So gibt es in Belgien bereits die Initiative „Maai Mei niet“ – Nicht Mähen im Mai. Sie lässt das Gras in privaten Gärten und öffentlichen Parks im Frühjahr wachsen, um Bestäubern genügend Blüten zu bieten. Im Staatsweingut Kloster Pforta in Sachsen-Anhalt werden mit Unterstützung der EU nachhaltige Methoden erprobt, etwa insektenfreundliche Grünflächen zwischen den Rebzeilen.

Monitoring: Der Bestand an Insekten und Erfolge der Schutzmaßnahmen sollen im Rahmen des [EU Pollinator Monitoring Schemes \(EUPoMS\)](#) überwacht werden. Auch die Auswirkungen des Einsatzes von Pestiziden wird dabei wissenschaftlich untersucht. Zudem dringt die Kommission auf einen verstärkten integrierten Pflanzenschutz in der Landwirtschaft.

Die EU-Kommission mahnt seit langem nachhaltige Methoden an. Im Rahmen des [europäischen Grünen Deals](#) hatte sie vor drei Jahren die Agrarstrategie [„Vom Hof auf den Tisch“](#) vorgelegt. Das Ziel: Eine nachhaltige Landwirtschaft voranzutreiben, die zum Klimaschutz beiträgt und die Artenvielfalt sichert. So soll zum Beispiel der Einsatz synthetischer Pestizide bis 2030 um 50 Prozent sinken. Erste [Untersuchungen](#) aus dem Vorjahr zeigen, dass der Einsatz von chemischen Spritzmitteln im Vergleich zum Zeitraum 2015 bis 2017 um 14 Prozent zurückging.

Im vergangenen Dezember hatte die EU-Kommission auf der UN-Konferenz COP15 in Montreal zudem ein internationales Abkommen zum Artenschutz vorangetrieben. Es wird bis 2030 jährlich mindestens 200 Milliarden US-Dollar für den Erhalt der Artenvielfalt mobilisieren. Sinkevičius stellte klar: „Ohne Montreal auch kein Klima-Abkommen von Paris, weil wir die Biodiversität schützen müssen, um unsere Klimaziele zu erreichen.“ (pr)

[Insektenschutz](#)

EU-Kommissar Gentiloni besucht das Startup Neggst in Berlin

Was war zuerst da? Das Ei oder...? In dem Fall die Idee: Ernährungswissenschaftlerin Verónica García-Arteaga sagt: „Ich habe selbst sehr gern Eier gegessen, aber irgendwann gedacht, dass es doch eine gute Alternative geben sollte.“



Start-up im Berliner Hinterhof: Manon Littek vom Green Generation Fund, Entwicklerin Verónica García-Arteaga und EU-Kommissar Paolo Gentiloni.

© MBI infosource

Die Forscherin aus Mexiko verzichtet deshalb auf das Huhn. Am Fraunhofer Institut für Verfahrenstechnik und Verpackung in Freising hat sie Neggst entwickelt – das erste vegane Ei mit Schale. Die kompostierbare Eierschale besteht aus einem biologisch abbaubaren Kunststoff. Hinzu kommt Calciumcarbonat, ganz so wie beim tierischen Ei. So lässt sich auch das vegane Ei mit einem sanften Klacken aufschlagen. Die Zusammensetzung des Inneren umschreibt García-Arteaga so: „Es besteht aus einer Kombination aus Hülsenfrüchten, Gemüse und pflanzlichem Öl.“

Längst hat die Entwicklung das Versuchslabor verlassen. Vor zwei Jahren gründete García-Arteaga gemeinsam mit Geschäftspartnern in Berlin das Lebensmittel-Startup Neggst. Seither ist sie nicht mehr nur Forscherin, sondern auch CEO. Die Europäische Union unterstützte die Gründerin mit Mitteln aus dem Programm *InvestEU*. EU-Währungskommissar Paolo Gentiloni sagte bei einem Besuch des Startups im Berliner Osten: „Es entspricht unserer Förderpolitik, nachhaltige Unternehmen zu unterstützen – auch in der Lebensmittelwirtschaft.“



© Fraunhofer-Institut für Verfahrenstechnik und Verpackung (IVV)

Die europäische Initiative InvestEU mobilisiert zwischen 2021 und 2027 rund 380 Milliarden Euro, um zusätzliche Impulse für Investitionen, Innovation und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa zu geben. So unterstützte das *Programm in Deutschland* zum Beispiel den frauengeführten Fonds *Green Generation Fund*, der nachhaltige Unternehmen wie Neggst fördert. Rund 100 Millio-

nen Euro sammelten die beiden Initiatorinnen Manon Littek und Janina Ensthaler ein, um innovative Startups der Bereiche Food Tech und Green Tech in der Gründungsphase voranzubringen. Neben Neggst zum Beispiel auch das Berliner Startup Klim, das eine nachhaltige Landwirtschaft durch eine Software-Plattform unterstützt sowie die Berliner Rainforest Company, die gemeinsam mit der indigenen Bevölkerung den Regenwald durch nachhaltige Anbaumethoden schützt. Gentiloni lobt: „Es ist gut, dass das neue InvestEU-Programm diese Investitionen unterstützt, die sich auf grüne Technologien spezialisiert haben. So erhalten sie das notwendige Kapital, um in Innovation, Expansion und Arbeitsplätze zu investieren. Und bestimmt kommen noch viele weitere Innovatoren hinzu.“

Beim veganen Ei entfallen Massentierhaltung und weitere schädliche Umweltaspekte der intensiven Landwirtschaft. Die EU-Kommission hatte bereits 2020 die Initiative *„Vom Hof auf den Tisch“* aufgelegt, um die Landwirtschaft in die Ziele des *europäischen Grünen Deals* einzubinden, der Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent machen soll.

García-Arteaga fühlt sich nicht nur ökologisch auf einem guten Weg, sondern auch geschmacklich. Die Ernährungswissenschaftlerin berichtet von Blindtests, bei denen Quiche und Muffins mit Neggst sowie Hühnerrei serviert wurden. Ihr Fazit: „Mehr als 80 Prozent konnten nicht sagen, welches womit gemacht worden war. Das zeigt uns, wie nahe unser Produkt am Original ist.“ Und Gentiloni? Der Kommissar testete veganes Spiegelei und lobte: „Prima.“ Danach wird Rührkuchen gereicht, auf der Zutatenliste auch vegane Eier. Gentiloni begeistert: „Questo è buono.“ Schmeckt also wirklich gut. (pr)

Nachhaltige Investition

Nachhaltige Ernährung

Im Rahmen des *europäischen Grünen Deals* hat die EU-Kommission im Jahr 2020 die Strategie *„Vom Hof auf den Tisch“* vorgelegt. Das Ziel: Eine nachhaltige Landwirtschaft, die zum Klimaschutz beiträgt. In einem ersten Schritt wird angestrebt, den Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln bis 2030 zu halbieren und den Anteil von ökologischem Landbau im gleichen Zeitraum auf 25 Prozent zu erhöhen.

In Deutschland liegt der Anteil der Bio-Landwirtschaft nach den jüngsten verfügbaren Daten aus dem Jahr 2020 mit 9,6 Prozent knapp über dem EU-Durchschnitt von 9,1 Prozent.

Europa in Zahlen

Weitere **90** innovative Neuentwicklungen, darunter zehn aus Deutschland, erhalten für die Marktreife so genannte *Proof of Concept-Finanzhilfen 2022*. Dabei handelt es sich um Zuschüsse vom *Europäischen Forschungsrat (ERC)* in Höhe von insgesamt 13,5 Millionen Euro. Von den europaweit 2022 über Proof of Concept geförderten 366 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern forschen 37 in Deutschland. So zum Beispiel Irene Fernandez-Cuesta, die an der Universität Hamburg eine DNA-Testmethode mit neuen Anwendungen für Tumormarker, Biomarker und Krebsüberwachung während der Behandlung entwickelte.

Die mit jeweils 150.000 Euro dotierten Zuschüsse helfen Forschenden, die Lücke zwischen den Ergebnissen ihrer Pionierforschung und der frühen Phasen der Vermarktung zu schließen, etwa bei der Anmeldung von Patenten. Die Unterstützung ist Teil des EU-Forschungsprogramms *Horizont Europa*. Mariya Gabriel, EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, erklärte: „Es geht darum, großen Ideen dabei zu helfen, sich in echte Innovationen zu verwandeln.“

Europäischer Forschungsrat unterstützt Marktreife

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 07.02.2023 15.30–17.00 Uhr	„Partnerschaften für Zusammenarbeit in der Berufsbildung“ Fragerunde Veranstalter: Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung	Online	www.na-bibb.de/service/veranstaltungen/details/news/fragerunde-partnerschaften-fuer-zusammenarbeit-in-der-berufsbildung
> 08.02.2023 19.00–20.30 Uhr	„REPowerEU: Wo steht Europa in der Energiekrise?“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europe Direct-Netzwerk NRW	Online	www.europe-direct-dortmund.de/event/repowereu-wo-steht-europa-in-der-energiekrise/
> 09.02.2023 18.00–19.30 Uhr	„Biodiversitätsstrategie für 2030 – in Bremen und Bremerhaven“ Informationsveranstaltung Veranstalter: EuropaPunktBremen	Klimahaus Bremerhaven Am Längengrad 8 27568 Bremerhaven	https://europapunktbremer.de/events/biodiversitaetsstrategie-fuer-2030-in-bremen-und-bremerhaven/
> 14.02.2023 16.30–18.00 Uhr	„3. Plattformtreffen für die Europawoche 2023“ Informations- und Diskussionsveranstaltung Veranstalter: EuropaPunktBremen	EuropaPunktBremen Am Markt 20 28195 Bremen	https://europapunktbremer.de/events/3-plattformtreffen-fuer-die-europawoche-2023/
> 15.02.2023 18.30–20.00 Uhr	„Wir alle altern – aber manche altern besser als andere“ Podiumsdiskussion mit Dubravka Šuica, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für Demokratie und Demografie Veranstalter: Europäische Kommission, Vertretung in Deutschland	Max Liebermann Haus Pariser Platz 7 10117 Berlin	https://survey.demogr.mpg.de/index.php/956831?lang=de
> 18.02.2023 17.00–20.00 Uhr	„Wake up Europe Hive“ Filmfestival Veranstalter: Europäische Akademie Berlin (EAB)	Kino Oyouun Lucy-Lameck-Straße 32 12049 Berlin	www.eab-berlin.eu/de/veranstaltung/18-02-2023/filmfestival-wake-europe-hive

>> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [<<](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de)

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2023

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn

Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22

E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)

Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24

• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



■ NEWSROOM EUROPE

Junge Berichterstatter gesucht

Die Europäische Akademie Berlin und ihre Partner, die Nationalen Museen der Weltkultur (Schweden), das nationale Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (Spanien) sowie der Medienpartner Treffpunkt Europa, suchen für ihr Projekt Newsroom Europe jeweils sechs Teilnehmende zwischen 18 und 30 Jahren aus Deutschland, Schweden und Spanien. Sie sollen die Themen, Treffen und Veranstaltungen der EU-Ratspräsidentschaften Schwedens und Spaniens im Jahr 2023 begleiten und darüber berichten.

In einem Auftaktseminar in Berlin im März 2023 erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Trainings mit erfahrenen Journalisten und erlernen in interaktiven Rollenspielen die kritische und konstruktive Medienberichterstattung über die EU-Ratspräsidentschaft. Arbeitssprache des Projekts ist Englisch.

[Projekt Newsroom Europe](#)



© Shutterstock

■ WORKSHOPS

Gesetz über die digitalen Märkte

Das [Gesetz über die digitalen Märkte \(DMA\)](#) ist am 1. November 2022 in Kraft getreten und wird ab dem 2. Mai 2023 gelten. Es setzt unlauteren Praktiken von Unternehmen, die als Gatekeeper in digitalen Märkten fungieren, ein Ende. Zu dieser neuen Verordnung organisiert die EU-Kommission am 27. Februar und am 6. März zwei technische Workshops. Der Workshop am 27. Februar wird sich insbesondere auf die rechtliche Bestimmung zur Interoperabilität zwischen Messenger-Diensten konzentrieren und dabei speziell auf Themen wie Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, Sicherheit und Benutzeridentifizierung eingehen.

Der Workshop am 6. März wird sich auf die Bestimmungen für App-Stores konzentrieren und dabei speziell auf Fragen zu alternativen In-App-Zahlungssystemen, Pilotierung und Sideloadung eingehen. Die Anmeldefrist für die persönliche Teilnahme endet am 16. Februar, die für die Online-Teilnahme am 22. Februar.

[Workshops zur Anwendung des DMA](#)

■ ÖFFENTLICHE KONSULTATION

Reform des Strommarkts

Wie kann der europäische Strommarkt widerstandsfähiger gemacht werden? Wie können die Auswirkungen der Gaspreise auf die Stromrechnungen verringert und gleichzeitig die Energiewende unterstützt werden? Zu diesen und weiteren Fragen der künftigen Ausgestaltung des EU-Strommarkts hat die EU-Kommission eine [öffentliche Konsultation](#) eingeleitet. Interessierte können bis zum 13. Februar 2023 teilnehmen.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte in ihrer jüngsten Rede zur Lage der Union eine umfassende Reform des Elektrizitätsmarkts angekündigt, um Verbraucherinnen und Verbraucher besser vor übermäßigen Preisschwankungen zu schützen und den Zugang zu sicherer Energie aus sauberen Quellen zu fördern. Die öffentliche Konsultation wird die Arbeit der Kommission an dem Gesetzesvorschlag unterstützen, der im ersten Quartal dieses Jahres vorgelegt werden soll.

[Öffentliche Konsultation zum Strommarkt](#)

■ INTEGRATION VON MIGRANTEN

Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen

Die EU-Kommission hat 40 Millionen Euro für Maßnahmen zur Integration von Migranten und Schutzsuchenden auf regionaler und lokaler Ebene bereitgestellt. Interessierte können dafür bis zum 16. Mai 2023 entsprechende Vorschläge einreichen. Gefördert werden können unter anderem Integrationsmaßnahmen in Arbeitsmarkt und Bildung sowie kommunale Patenschaftsprogramme. Hauptbegünstigte der Projekte sind Migranten, einschließlich schutzbedürftiger Menschen. Die Fördermittel werden über den [Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds \(AMIF\)](#) bereitgestellt.

Die Integration und Eingliederung von Drittstaatsangehörigen in der EU trägt dazu bei, den Zusammenhalt, die Widerstandsfähigkeit und den Wohlstand unserer Gesellschaften zu stärken. Dies ist auch im [Aktionsplan für Integration und Inklusion](#) dargelegt, auf den sich die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen bezieht.

[Integration von Migranten](#)



© Shutterstock